

(Sozial-)Staat im Wettbewerb: Herausforderungen für Politik und Gesellschaft

Ich will nicht sehr lange reden, aber ich hoffe trotzdem, daß ich Ihnen in dieser Zeit genug Impulse gebe und Sie nicht nur vor dem Einschlafen bewahre, sondern auch zu einer Diskussion anrege. Herr Altmann hat 12 Thesen gebraucht, um seine Gedanken vorzutragen. Ich werde versuchen, es mit sechs Thesen zu tun und fange gleich mit meiner ersten Beobachtung an.

Das Thema, das Sie mir gegeben haben – Staatenwettbewerb, Sozialstaaten im Wettbewerb – dieses Thema hat man bis vor zehn Jahren, also vor 1990, im Grunde überhaupt nicht richtig verstanden. Man hat gar nicht gewußt, was eigentlich damit gemeint ist. Man hat gewußt, jedenfalls in den westlichen Industriegesellschaften, daß Unternehmen miteinander im Wettbewerb liegen und das hat man dann Marktwirtschaft genannt. Man hat gewusst, daß Parteien miteinander im Wettbewerb liegen und das hat man dann Demokratie genannt. Es gab sogar auf individueller Ebene, auf der Beziehungsebene, Wettbewerb und das hat man dann Beziehungs- oder Heiratsmärkte genannt. Kurz und gut, es gab überall Wettbewerb. Ökonomische, politische und andere Märkte. Aber die Staaten sind miteinander in Kooperation oder Konflikt »verbunden« gewesen. Man hat 50 Jahre lang, jedenfalls in Europa, die Beziehung zwischen Staaten als Integration im Westen auf den Begriff gebracht, oder als Konfrontation, Kalter Krieg im Wettbewerb der Systeme. Und nun die Frage: Was ist denn eigentlich passiert, daß dieses Thema nun evident ist und bis vor 10 Jahren kaum verstanden worden wäre? Ich denke, das liegt an einem viel diskutierten und wenig verstandenen Begriff, nämlich an dem Begriff und der Entwicklung der Globalisierung. Globalisierung heißt ja nicht oder jedenfalls nicht nur, daß es mehr internationalen Handel gibt; heißt auch nicht oder nicht nur, daß die Finanzmärkte offener geworden sind. Globalisierung heißt im Kern, und diesen Begriff haben Sie aufgenommen im Thema, Wettbewerb der immobilen Produktionsfaktoren um die mobilen Produktionsfaktoren.

Charly Jeffrey

Wollen wir ein Europa haben, wo wir Weltklasse im Binnenmarkt sind? Die Gefahr, sich ein solches Europa zu konzipieren sehe ich hier und da. Diese Debatte hat in einigen Mitgliedsstaaten einen ganz defensiven Charakter. Man will dabei das Erreichte verteidigen oder einfrieren, statt in die Zukunft zu blicken und sich an zukünftige Herausforderungen anzupassen. Und wovor will man sich dabei verteidigen? Erstens vor der Osterweiterung. Die Osterweiterung stört das etablierte Gleichgewicht der europäischen Union und zweitens vor der Globalisierung. Man will ein gefestigtes Europa, um dagegen zu steuern. Ich glaube, daß, wenn solche Ansichten einflußreich werden, mehr vom angelsächsischen Denken in der europäischen Union gebraucht wird, um dieser Art von defensivem, introspektivem und schädlichem Denken in Europa entgegen zu wirken.

Also Wettbewerb der Standorte, der Länder und der Staaten um Wissen und vor allem um Kapital als die beiden wichtigsten immobilen Produktionsfaktoren. Globalisierung führt in diesem Sinne dazu, daß die immobilen Produktionsfaktoren Wissen und Kapital dort hingehen, wo sie die besten Bedingungen haben, die besten Entwicklungsmöglichkeiten. Und zurück bleiben dann auf individueller, ja auf kollektiver

Ebene Individuen, Unternehmen, Länder. Zurück bleiben jene, die aus welchen Gründen auch immer zu immobil sind, sich auf die neue Lage einzustellen, die es nicht wollen oder es nicht können. Das ist mein erster Punkt, meine erste These.

Renate Stuth

Ich habe aus Prag die Beobachtung mitgenommen, daß durch die Prägung der kommunistischen Zeit die Individualisierung ganz stark zugenommen hat. Heute sind Marktwirtschaft und ganz starke Individualisierung in der Gesellschaft. Eine Solidarität ist nur in einer ganz engen Gruppe anzutreffen, sei es in der Familie oder in bestimmten Freundeskreisen. Aber es ist sehr schwierig, Menschen zu gewinnen, sich für die Gesellschaft einzusetzen, sei es in Bürgerbewegungen oder in irgendwelcher Form sich für die Gesellschaft verantwortlich zu fühlen und zu agieren.

Meine zweite These läuft darauf hinaus, daß die Teilbereiche der Gesellschaft, vor allem Staat und Gesellschaft, in den letzten 10 Jahren ganz unterschiedlich kreativ auf diese Veränderungen reagiert haben. Ich glaube, daß die Unternehmen und die Wirtschaft im allgemeinen durch den Prozeß der »Restrukturierung« sich in den letzten zehn Jahren massiv verändert haben und heute besser in der Lage sind, mit einer veränderten Welt fertig zu werden als in der Vergangenheit, während die Politik sich zögerlich oder gar nicht auf diese globalen Veränderungen eingestellt hat. Wenn Sie fragen: Woran liegt es denn eigentlich, daß einerseits Wirtschaft und Unternehmen sich relativ rasch auf diese Situation eingestellt haben, und die Politik nur sehr zögerlich? Wenn man dann in Deutschland auf der politischen Ebene wiederum differenziert, kann man sagen, daß die Kommunen innovativer waren als die Länder und diese wiederum innovativer als der Bund. Woran liegt das denn eigentlich? Wenn ein wirtschaftliches Unternehmen sich nicht auf die neue Lage einstellt, dann wird es dies über kurz oder lang an der eigenen Performance, an dem eigenen Erfolg spüren und es wird möglicherweise aus dem Markt verschwinden. Wenn ein politisches Unternehmen, also eine Partei oder eine Regierung sich nicht oder nicht rechtzeitig auf die neue Lage einstellt, kann sie möglicherweise gerade dadurch eine ganze Weile Erfolg haben und Wahlen gewinnen. Und umgekehrt, wenn ein politisches Unternehmen, eine Regierung oder eine Partei sich zu rasch und zu unvorbereitet in der Öffentlichkeit auf die neue Lage einstellt, wird sie möglicherweise eine Serie von Wahlniederlagen erleben. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Vor einiger Zeit hat der Leiter der Planungsgruppe des Kanzleramtes sehr grundsätzlich die Frage formuliert: Kann man eigentlich in einer Demokratie rechtzeitig die notwendigen Restrukturierungen bewirken und trotzdem auf den politischen Märkten erfolgreich sein? Das ist der zweite Punkt, also die unterschiedlichen Sanktionen, die Belohnungen oder Bestrafungen, wenn man sich rechtzeitig auf die neue Situation, auf die neue Lage einstellt.

Werner
Weidenfeld

Wenn ich mich zurückzuerinnern versuche, wo denn die Politik mit einer originären Führungsleistung irgendein Thema vorangebracht hat, dann fallen mir die NATO-Nachrüstung und die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung ein. Bei allen anderen Themen sitzt die Politik da und feine Sensoren werden ausgefahren, weil man ja keinen verlieren darf als Sympathisanten. Es wird abgewartet. Wenn Regierungen dennoch besonders erfolgreich Reformen durchgeführt haben, sind sie ja daraufhin immer abgewählt worden. Ich kenne keine Regierung, die eine Reformmaßnahme tiefgreifender Art gemacht hätte, sei es in Portugal oder wo auch immer, die anschließend bejubelt im Amt geblieben wäre.

Man muß riskieren, auch mal eine Wahl zu verlieren. Wenn man nicht riskiert, eine Wahl zu verlieren, und wenn man alles politische Denken nur der Machtgewinnung und Machterhaltung unterordnet, läuft man Gefahr, daß eine Gesellschaft langsam den Niedergang haben wird.

Der dritte Punkt: Was heißt all das eigentlich für den Staat, für den Sozialstaat? Ich möchte Ihnen das an einem ganz einfachen Beispiel klarmachen, weil dann die Folgen für den Sozialstaat und die Notwendigkeit der Restrukturierung ganz offensichtlich werden: Es gibt in Bayern eine Stadt – Schweinfurt – und diese Stadt war ökonomisch dadurch geprägt, daß sie in den 50er Jahren Kugellager und Stoßdämpfer gemacht hat und weltweit für diese Dinge ein Monopol hatte. Das heißt, wer auf der ganzen Welt Stoßdämpfer und Kugellager einkaufen wollte, hat, ob er wollte oder nicht, den deutschen Sozialstaat mitbezahlen müssen. Und das hatte damals zur Folge gehabt, daß in dieser Stadt Schweinfurt in den 50er Jahren das herrlichste Schwimmbad in dieser ganzen Region entstand, die eindrucksvollste Oper, und daß heute dort die größte Arbeitslosigkeit in Bayern herrscht. Warum? Weil es jetzt in der Welt technologisch und ökonomisch sehr erfolgreiche Anbieter gibt, die gleichwohl bei sich einen anderen oder gar keinen Sozialstaat haben.

Der Druck muß noch viel schlimmer werden, es muß noch viel schlechter werden, bevor sich politisch wirklich etwas ändert. Die neue Technologie, e-commerce und Internet scheinen momentan noch relativ unbedeutend. Das wird sich aber im nächsten Augenblick schon ändern über viel größere business-to-business Transaktionen und das wird sich dann, wenn der Privater drankommt über andere Wege als Kreditkarten, rasend entwickeln. Es wird eine dramatische Entwicklung geben, nach meinem Dafürhalten. Und plötzlich ist es nämlich gar nicht mehr kontrollierbar. Dann kann ich nämlich von einer Firma, die in Jamaika sitzt, was kaufen, und dann sehe ich als Staat Bundesrepublik Deutschland völlig alt aus. Das geht von Umsatzsteuern bis hin zu Gewinnsteuern, und weiß der Teufel was alles, die hab ich nämlich auf einmal gar nicht mehr. Ich versuche das mit möglichst vielen Politikern zu diskutieren. Da stoße ich teilweise wirklich nur auf taube Ohren. Nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

Und das hat natürlich Folgen für die ökonomische Entwicklung und für die Wettbewerbssituation eines Landes. Das heißt, man muss den Sozialstaat so reorganisieren, daß er mit einer positiven ökonomischen Entwicklung verträglich ist. Das sind zum einen die Folgen des Sozialstaates und man muß zum anderen dafür sorgen, daß ein Land möglichst in der Lage ist, Spitzenprodukte in der Welt für die kapitalkräftige Nachfrage anzubieten, die nirgendwo sonst angeboten werden. Das hat Folgen für die Bildungspolitik.

Überall ist das ganze nationale Bildungsmaterial, die ganze Bildungsmentalität sehr stark an der Vergangenheit orientiert. Überall. Trotzdem wir wissen, daß wir die Leute, die wir heute ausbilden, eigentlich auf eine ganz neue Welt ausbilden müßten. Wie werden diese Leute mit Wissen des 20. Jahrhunderts vorbereitet sein, auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts? Wir brauchen deshalb eine europäische Bildungspolitik und zwar nicht nur für die Länder, die Mitglieder der EU werden, sondern auch für die Länder, die in absehbarer Zukunft nicht Mitglieder werden, nämlich das ist eines der wichtigsten Elemente, damit wir bestimmte institutionelle Barrieren in Europa überwinden können.

Gegenwärtig gibt es also eine Pluralität von sozialstaatlichen Modellen, zwischen denen ein Land wählen muß auch im Hinblick auf die ökonomischen Konsequenzen unterschiedlicher sozialstaatlicher Optionen. Das ist nun für Deutschland etwas völlig Neues. Der deutsche Sozialstaat ist ja festgegossen wie Erz, von Bismarcks Obrigkeitsstaat bis zur Bonner Republik. Der Sozialstaat ist nicht nur eines der vier konstitutiven Prinzipien unserer Verfassung – demokratisch, föderal, rechtsstaatlich, sozialstaatlich –, sondern der Sozialstaat wird von den Leuten bei uns wie ein sozialer Naturzustand wahrgenommen und nicht als etwas das man so oder auch anders organisieren kann. Wenn man, und das ist die Konsequenz meiner dritten These, wenn man also das europäische Sozialstaatsmodell, den Rheinischen Kapitalismus, im 21. Jahrhundert behalten will, dann muss man einmal dafür sorgen, daß durch eine Reform des Sozialstaates »more for less« erreicht wird, daß man also mit dem gleichen Geld mehr an sozialer Qualität herbeibringt, oder daß man auch für weniger Geld mehr Wirkungen erzielt. Und man muss das Bildungswesen anders organisieren, mit einem Wettbewerb zwischen den Universitäten, mit dem Wettbewerb um die besten Köpfe in der Welt. Das ist der dritte Punkt.

Mein vierter Punkt besteht darin, daß ich jetzt dieses, was ich vorhin für den Sozialstaat allgemein gesagt habe, für die Sozialpolitik wenigstens in breiten Strichen einmal konkretisieren möchte: Reform des Wohlfahrtsstaates in einer Weise, die auch ökonomisch verträglich ist und gleichzeitig so, daß er das Arbeitsethos der Menschen unterstützt und nicht untergräbt. Und hier gibt es einen sehr guten Ansatzpunkt in einer Aussage des letztjährigen Nobelpreisträgers für Ökonomie Amartya Sen, der drei Dimensionen der Arbeitslosigkeit unterscheidet: Arbeitslosigkeit hat einmal die finanzielle Dimension: Was bekommen Leute, die arbeitslos sind, an finanziellen Transfers? Arbeitslosigkeit hat zum zweiten die Dimension der Wertschöpfung: Was kann man machen, damit die Leute, die scheinbar nicht »gebraucht« werden, wenn nicht zur Wirtschaft, dann zur Wertschöpfung der Gesellschaft beitragen? Und schließlich hat die Arbeitslosigkeit die Dimension der Anerkennung der Person als Person: Was kann und muß geschehen, damit diese Menschen sich nicht überflüssig fühlen, sondern anerkannt werden, eine Aufgabe haben, damit also ihr Selbstwertgefühl nicht ruiniert wird? Es ist offensichtlich, daß die klassischen europäischen Wohlfahrtsstaaten das Problem des Geldes, den finanziellen Aspekt relativ gut gelöst haben. Besser als alle anderen auf der Welt. Was die Wertschöpfung angeht macht es die Digitalisierung möglich, mit weniger Leuten mehr technische Dienstleistungen und Güter zu produzieren. Die andere Frage aber ist, ob man nicht zur gesellschaftlichen Wertschöpfung mehr Leute, die jetzt nicht gebraucht werden, heranziehen kann. Und, was wir nicht gelöst haben in den klassischen Wohlfahrtsstaaten, ist das Problem der Anerkennung der Person als Person, wenn sie aus der Erwerbsarbeit herausfällt: Wenn in Deutschland jemand ausgegrenzt ist, ist er gründlicher ausgegrenzt als irgendwo sonst auf der Welt, aber auf einem höheren materiellen Niveau. Und wenn sie diese Dinge ändern wollen, dann muss man überlegen, welche Wege und Instrumente zu dem führen, was ich eine inklusive-Sozialpolitik nenne: eine Sozialpolitik, welche die Leute auf kommunaler Ebene einbezieht, hinein nimmt und nicht ausgrenzt. Die soziale

Frage des 21. Jahrhundert heißt also nicht mehr wie im 19. Jahrhundert »Ausbeutung derer, die Arbeit haben«, sondern die Ausgrenzung derer, die scheinbar nicht mehr gebraucht werden. Und wenn Sie hier weiterdenken wollen, dann müssen Sie über ganz konkrete Vorschläge nachdenken. Und einer dieser Vorschläge ist das, was ich »Prinzip der Gegenseitigkeit« nenne. »Das Prinzip der Gegenseitigkeit« in zwei Sätzen: Jeder, der in Not ist, bekommt die Unterstützung des Staates. Das ist und bleibt eine Aufgabe des Staates. Und: Jeder, der etwas bekommt, hat die Pflicht, nach Kräften etwas zurückzugeben.

Ausgrenzung, Spaltung der Gesellschaft zu verhindern: Das ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Deswegen sprach ich vorher von einer normativen Wertentscheidung. Man kann auch eine sehr erfolgreiche Ökonomie haben, bei der die wirtschaftliche Prosperität durch die Gefahr der sozialen Stabilität erkaufte wird. Es ist eine normative Entscheidung. Der Staat hat die Aufgabe, die gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern und das bedeutet dann nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit natürlich, daß jeder, der vom Staat Geld bekommt, auch die Pflicht hat, wenn er arbeitsfähig ist, etwas zurückzugeben. Und in Deutschland ist es ein sehr heikles Thema, das kann ich jetzt nur andeuten, weil immer sofort die Erinnerung an das Dritte Reich kommt unter dem Stichwort »Zwangsarbeit«.

Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß man den Leuten sagt, daß sie selber mehr für ihre eigene soziale Sicherheit im Alter vorsorgen müssen. Und die Frage ist, ob die Leute mentalitätsmäßig dazu bereit sind oder nicht. Oder sind die Deutschen ein Volk von Versicherten, die lieber ein geringeres Maß an Freiheit, Gestaltungsmöglichkeit und Dynamik gegen ein höheres Maß an Versichertsein eintauschen: eine Gesellschaft der Versicherten. Reorganisation des Sozialstaates in einer Weise, daß er Ausgrenzung verhindert, daß er den Leuten Aufgaben gibt und sie nicht nur alimentiert: das war der vierte Punkt.

Eine Aufgabe des Staates ist es natürlich, für ein optimales Bildungssystem zu sorgen, das den Leuten im Verlauf ihres Lebens immer wieder die Möglichkeit gibt, in den sozialen Fahrstuhl nach oben einzusteigen. Das hat nun wiederum sehr weit reichende Konsequenzen, bei denen der Staat gefordert ist; aber auf eine andere Weise gefordert ist, als er in der Vergangenheit gefordert war. Das bedeutet einmal, daß man die Aufgabe des Staates nach wie vor darin sieht, auch dies ist eine normative Wertentscheidung, dafür zu sorgen, daß niemand aus sozialen Gründen nicht am Aufstieg durch Bildung teilnehmen kann. Jeder hat ein Recht auf Lebenschancen durch Bildung. Diese soziale Aufgabe des Staates bedeutet aber nicht, wie wir in Deutschland es immer gemeint haben, daß der Staat auch der beste Akteur und der beste Regisseur für »Bildungsveranstaltungen« ist, daß Bildung, Schule und Hochschule in staatlicher Regie bereitgestellt werden sollen. Sie sehen hier einen sehr wichtigen Unterschied in der neuen Definition des Staates. Abnehmen wird in Zukunft die Rolle des Staates als Manager und als Produzent von sozialen und Bildungsgütern und wachsen wird die Rolle des Staates als ein aktivierender Staat, als ein Staat der durch Bildungsgutscheine oder durch andere Dinge die Leute befähigt, etwas aus ihrem Leben zu machen. Man muss also wegkommen von einer etatistischen Fixierung in der Sozial- und Bildungspolitik, ohne deshalb die Rolle des Staates abzuschreiben. Er muß seine Aufgabe

anders erfüllen, indem er Wettbewerb zuläßt, was in Deutschland überhaupt nicht der Fall ist. Die Zukunftsfragen des Bildungswesens lauten: Wie bekommt man in ein Land wie Sachsen, sagen Sie Deutschland, sagen Sie Tschechien, Ungarn einen Wettbewerb um die besten Köpfe in den Universitäten, damit die auch tatsächlich dort hingehen? Wie bekommt man in dieser demographischen Situation einen positiven Wettbewerb um die besten Köpfe überall auf der Welt für sein Land, für seine Region? Und das zweite, was überhaupt noch nicht diskutiert ist in unseren Gesellschaften in Ost wie West, ist die Tatsache, daß man heutzutage bei den zu erwartenden Biografien junger Menschen nicht mehr davon ausgehen kann, daß man das Wissen, das man fürs Leben braucht, in der Jugendphase sammelt, sich erwirbt, so wie ein Bergwanderer in Bayern den Proviant in den Rucksack packt, und dann auf die Reise des Lebens geht. Das heißt: Man braucht eine teilweise Entkoppelung der Bildungsphase von der Jugendphase und man muß überlegen, wie man Ressourcen, Personen und Zeit im erwachsenen Alter zur Verfügung stellt, damit Erwachsene sich nicht einfach ein bißchen weiterbilden, sondern neue Kompetenzen erwerben. Und diese Notwendigkeit führt zwangsläufig zu einer ganz anderen Organisation und Finanzierung des Bildungswesens: Man muß überlegen, wie man durch Bildungskonten den Leuten die Möglichkeit gibt, das Arbeitsleben immer wieder durch eine Bildungsphase zu unterbrechen. Man muß überlegen, ob diejenigen, die durch staatliche Vorleistungen später bessere Chancen haben, die Bildungsaufwendungen teilweise refinanzieren sollten. Wir haben gegenwärtig ein Bildungssystem, bei dem der Staat aktiv zur Kumulierung gesellschaftlicher Ungleichheiten beiträgt, indem er für einen Teil der Gesellschaft die Bildung staatlich finanziert, also künftig bessere Lebenschancen möglich macht. Und wenn Sie dann noch die Situation »Akademikerin heiratet Akademiker« haben, haben Sie den Staat als doppelten Akteur bei der Produktion gesellschaftlicher Ungleichheiten. Meine These ist, daß dieses System weder sozial gerecht noch optimal ist unter dem Gesichtspunkt »Wettbewerb zwischen den Staaten«.

Damit komme ich zu meinem sechsten Punkt. Der vierte Punkte waren einige Stichworte zur Reform des Sozialstaates. Der fünfte Punkt waren einige Stichworte zur Reform des Bildungsstaates.

Meine sechste These möchte ich unter die Überschrift stellen: »Triumph und Zukunft der Marktgesellschaften«. Sie erinnern sich ja alle, wie wir vor zehn Jahren alle sehr euphorisch waren und alle nach dem einfachen Rezept gedacht haben: »Wenn der Kommunismus zusammengebrochen ist, dann erblühen am nächsten Tage Demokratien und Marktwirtschaften.« Und einer der wenigen, die kritisch gegenüber diesen Triumphgefühlen waren, war ein französischer Außenminister und von dem möchte ich Ihnen jetzt einfach ein paar Sätze vorlesen: »Wir waren siegreich,« sagt er »aber mir war klar, daß nun unsere wirklichen Schwierigkeiten erst zu Tage treten würden. Solange die Gefahr andauert, hat man nur seine Feinde gegen sich und triumphiert. Nach dem Sieg aber hat man es auf einmal mit sich selbst zu tun, mit der eigenen Weichheit, mit dem eigenen Stolz und mit der trügerischen Sicherheit, die der Sieg mit sich bringt. Und schließlich fällt man doch.«

Der Außenminister hieß Alexis de Tocqueville und hat das vor gut 150 Jahren gesagt. »Und schließlich fällt man doch.« Die Frage ist die: Kann das Pendel wieder zurückschwingen? Das Pendel, das eben vor 10 Jahren ausgeschlagen ist zu einem weltweiten Triumphzug der Marktwirtschaft und zu einer Diskreditierung anderer Alternativen? Und ich möchte Ihnen jetzt in meiner sechsten These ganz kurz und ganz stichwortartig fünf Bewährungsproben, fünf kritische Tests oder auch Meßplatten nennen, an denen sich meiner Meinung nach die Zukunft, der nachhaltige Erfolg der Marktwirtschaften entscheiden wird.

Die erste Frage ist die: Werden die Marktwirtschaften auf Dauer die Leistungen erbringen, die man von ihnen erwartet: Wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung, höherer Lebensstandard. Es ist dies die Frage nach der ökonomischen Performance der Marktwirtschaften. Und man darf nie vergessen, daß die Akzeptanz der Marktwirtschaft und der politischen Demokratie im Westen Deutschlands vor allem auf diesem ökonomischen und sozialen Erfolg der Marktwirtschaft in diesen 30 glorreichen Jahren beruht hat. Das wäre also die erste Frage, die Frage nach dem nachhaltigen Erfolg: Werden die Marktwirtschaften anhaltend Wachstum, Beschäftigung und höheren Lebensstandard bringen?

Und die zweite Frage: Wird die Bewahrung der nationalen Identitäten in der internationalen Wirtschaft gelingen? Oder wird es zu einem Konflikt, zu Ressentiments, zu Kämpfen kommen zwischen den großen anonymen Netzen und den kleinen Netzen zwischen den Menschen, in denen Zugehörigkeiten stattfinden, in denen sie sich aufgehoben fühlen. Also die Frage, ob nicht der Siegeszug der internationalen Wirtschaft Rückwirkungen hat auf das Gefühl der Zugehörigkeit in den Einzelnen, den Regionen, den Ethnien.

Der dritte fragliche Punkt ist der, ob der neue globale und digitale Kapitalismus eine Veranstaltung sein wird, von der alle etwas haben, oder eine Veranstaltung sein wird, von der die große Mehrheit der Meinung ist, daß er im Grunde nur wenige begünstigt. Das ist das, was ich vorhin genannt habe: Exklusion als neue soziale Frage. Wie können wir erreichen, daß diese neuen Formen der Marktwirtschaft, der internationalen globalen Marktwirtschaft eine Veranstaltung wird, von der tatsächlich alle etwas haben?

Der vierte Punkt ist: Werden die Marktgesellschaften auf Dauer den Wunsch nicht nur junger Menschen nach Bewahrung der Umwelt entsprechen? Das ist die ökologische Frage.

Josef
Wertschulte

Wir lähmen uns hier in Europa immer noch. Ich glaube, die selbstregulierenden Kräfte des Marktes werden immer relativ schnell verteufelt. Es wird dem Markt eigentlich gar keine Chance gegeben.

Und schließlich die fünfte Frage: Werden die Marktwirtschaften mit den Kosten und Folgen der demographischen Entwicklung fertig werden, also der wachsenden Zahl junger Menschen in den Entwicklungsländern und der sinkenden Zahl alter Menschen in den Industrieländern und den negativen Zusammenhängen, die zwischen diesen beiden Entwicklungen entstehen? Es wird in den Ländern der südlichen Hemisphäre eine wachsende Zahl junger Menschen mit dem Wunsch

nach Arbeit, Aufstieg, Anteil am Lebensstandard kommen: in einer Zeit, in der die Wirtschaft immer weniger Leute weltweit braucht, um bestimmte Güter und Dienstleistungen herzustellen. Gleichzeitig werden sich die Industrieländer abschotten, jedenfalls werden sie das versuchen.

Wenn Sie diese fünf Punkte zusammenfassen, dann ist meine Antwort und These die: Der Kapitalismus, die Marktwirtschaften werden in ökonomischer Hinsicht erfolgreich sein. Wir werden durch Globalisierung und durch Digitalisierung den ökonomischen Reichtum der Gesellschaft, der Nation mehren. Der Reichtum in der Welt und in den Entwicklungsländern wird größer werden, insgesamt und materiell betrachtet. Die Zukunft der Marktwirtschaften wird abhängen von nichtökonomischen Voraussetzungen und nichtökonomischen Folgen. Und hier muss man sich etwas überlegen, was der ökonomischen Logik entspricht, was aber über die ökonomische Logik allein hinausgeht.

Und damit bin ich bei meiner Schlußbemerkung. Das Rahmenthema hier heißt: Kultur der Nachbarschaft in Europa.

Marcell
von Donat

Ein kleines Brüsseler Bekenntnis, obwohl ich kein Brüsseler mehr bin, aber im Herzen schon noch. Wir haben das Gefühl, daß wir Europa geschaffen haben. Und 80.000 Seiten Gesetzgebung, darauf sind wir stolz. Aber wir wissen in Brüssel, daß wir nicht den Europäer geschaffen haben. Wir wissen, daß das ein ganz, ganz dünner Film ist, der sich über Europa gelegt hat. Und daß das, was zählt nicht bei uns gemacht worden ist. Das, was zählt ist gemacht worden durch Städtepartnerschaften, durch Studentenaustausch, durch Dozentenaustausch, durch Gastarbeiter und durch Programme wie Erasmus und Leonardo. Und diese Erkenntnis hat zu einer gewissen Ernüchterung geführt: Die große Luft, daß wir die Gesellschaft ändern könnten, oder den Markt beeinflussen könnten, die ist glaube ich zur Zeit in Brüssel der Ernüchterung gewichen.

Wenn man einmal vergleicht, was die europäischen Länder in ihrer Aspiration, in ihren Wertvorstellungen von anderen Regionen in der Welt unterscheidet, sei es von den Vereinigten Staaten, sei es von den asiatischen Modellen, kann man das auf einen Nenner bringen und sagen, daß wir in Europa immer den Ehrgeiz haben, politische Demokratien und individuelle Freiheiten, wirtschaftliche Dynamik und wirtschaftlichen Erfolg und drittens sozialen Zusammenhalt und soziale Einbindung gemeinsam zu vermehren. Dies ist weltweit ein einzigartiges Angebot. Wir haben in vielen asiatischen Ländern die Hoffnung, wirtschaftliche Dynamik haben zu können und politische Freiheit entweder zu suspendieren oder nicht haben zu müssen. Wir haben in den USA den Versuch, wirtschaftliche Dynamik und individuelle Freiheiten hoch zu bewerten, aber die gesamtwirtschaftliche Solidarität tiefer zu hängen. Und die Frage ist, ob dieses Versprechen im nächsten Jahrhundert gehalten werden kann. Es kommt darauf an, eine neue Balance zu finden zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft: eine neue Balance auch des Vertrauens in diese drei Mächte der Gesellschaft. Daß wir dem Staat und der Wirtschaft aber dann tatsächlich auch zutrauen, was sie und nur sie leisten können und besser als andere leisten können, und daß wir von Staat und von Wirtschaft nicht alles erwarten, sondern Wege finden, wie man das Engagement der Bürger reaktiviert, soziales Kapital der Gesellschaft bildet. Und ich denke, daß da die westlichen europäischen Länder viel lernen können von den

Beitrittsländern: Man kann ja Solidarnosc als eine der größten Bürgerbewegungen bezeichnen, die es in Europa jemals gegeben hat. Und der tschechische Präsident hat über die Idee einer Zivilgesellschaft sehr viel tiefgreifender und nachhaltiger nachgedacht als viele Politiker im Westen.

